

Thomas Irmer

## Zur Geschichte des Arbeitshauses Rummelsburg in der NS-Zeit

Vortrag, Deutsches Historisches Museum, 12. Juni 2013, 18:00 Uhr



Arbeitskommando im Arbeitshaus Rummelsburg, 1935  
© Landesarchiv Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Rummelsburg ist einer der vielen historischen Orte in Berlin, an dem sich verschiedene Abschnitte der deutschen Geschichte topographisch kreuzen. Dennoch zählt das Arbeitshaus zu den immer noch kaum beschriebenen Erinnerungsorten in Berlin und Deutschland.

Es fällt auf, dass in Berlin, als deutscher Metropole mit einer langen Geschichte von Armut, von sogenannten Randgruppen und vielfältigen Initiativen privater Wohlfahrt wie staatlicher Sozialpolitik, sehr wenig bekannt ist über die Geschichte der Berliner Arbeitshäuser. Das Arbeitshaus Rummelsburg galt als größte und modernste Einrichtung dieser Art in Preußen.

Vollkommen unverständlich ist die fehlende Erinnerung an Rummelsburg angesichts der Rolle, die das Arbeitshaus bei der Verfolgung der sogenannten Asozialen in der NS-Zeit einnahm. Sie steht im Mittelpunkt meines Vortrages.

## Die Vorläufer von Rummelsburg

Beginnen möchte ich mit einem Blick auf die Vorgeschichte von Rummelsburg, weil sie hilfreich ist, um die Geschichte des Arbeitshauses besser zu verstehen. Die Ursprungsidee, die in Rummelsburg als eine Art „kasernierte Fürsorgearbeit für soziale Randgruppen“ realisiert wurde, hatte protestantisch-calvinistische Wurzeln. Arbeitshäuser sollten dazu dienen, Obdachlose und Bettler, aber auch Prostituierte oder sogenannte Vagabunden, durch einen eng reglementierten Tagesablauf und einfachen körperlichen Arbeiten zu einem wie es damals hieß, „ordentlichen Leben“ zu erziehen.

Das erste Berliner Arbeitshaus befand sich auf dem Gelände des heutigen Charité-Krankenhauses, das die Wohltätigkeit im Namen trägt. Das Arbeitshaus war dem damaligen Friedrichshospital angegliedert. Anschließend kam es, erstmals als eine eigene Einrichtung, in das Haus eines Kaufmanns, der einmal selbst Insasse des Arbeitshauses gewesen war. Sein Anwesen hatte er der Stadt Berlin vermacht, die dort dann das Arbeitshaus eröffnete. Ob dies sein letzter Wille war, ist nicht bekannt. Danach wurde das Arbeitshaus an das Hallesche Tor nach Kreuzberg verlegt. Das Gebäude, in dem das Arbeitshaus untergebracht wurde, hatte zuvor einer Fleischer-Gilde gehört, die an dem Haus einen steinernen Ochsenkopf als Gildensymbol angebracht hatte. Deshalb wurde das Arbeitshaus im Volksmund fortan Ochsenkopf genannt. Die Bezeichnung behielt es auch, als das Arbeitshaus an den Alexanderplatz umquartiert wurde.

Einen kritischen Blick auf die Zustände im Arbeitshaus am Alex verdanken wir dem französischen Philanthropen Benjamin Appert (1797-1847). Appert war ein Kritiker des französischen und preußischen Gefängnisystems. Nach einer Inspektionsreise durch zahlreiche preußische Gefängnisse hob er 1846 das Arbeitshaus am Alexanderplatz als zentrales Negativbeispiel hervor. Appert bezeichnete es in drastischen Worten als „Ort des fortgesetzten Schmerzes“, als „Haus des Horrors“, als „Hölle“ und „Grabstätte für Alt und Jung“. Sein Hauptkritikpunkt war, dass im Arbeitshaus am Alex, wie bei seinen Vorgängern, alle Gruppen-Kinder, Psychiatriepatienten, Prostituierte und Bettler zusammen und auf engstem Raum gelegt worden seien. Zur Abhilfe forderte Appert die Errichtung einer eigenen, neuen Einrichtung außerhalb der Innenstadt, in der für jede Gruppe ein eigenes Gebäude zur Verfügung stehen sollte. Zwei Jahre nach Apperts Bericht kam es im Kontext der März-Revolution von 1848 zu Protesten und einer Revolte: Im April protestierten die Insassen des Arbeitshauses gegen das schlechte Essen. Im November 1848

begann ein Aufstand, bei dem viele Insassen zu fliehen versuchten. Der Aufstand wurde niedergeschlagen und 28 Insassen als Rädelsführer zu langen Haftstrafen verurteilt. Von den März-Revolutionären erhielten diese Aufständischen jedoch keine Unterstützung, so der Historiker Rüdiger Hachtmann.

### **Horizontale Differenzierung: Das Arbeitshaus in Rummelsburg**

1851 wurden als „geistig behindert“ eingestufte Männer und Frauen in ein nahes ehemaliges Gefängnis umquartiert. 1870 entschied sich die Berliner Stadtverwaltung schließlich, eine komplett neue Einrichtung für diese Gruppe zu errichten, die sogenannte „Städtische Irrenanstalt zu Dalldorf“, die heute als die Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Berlin-Reinickendorf bekannt ist.

Parallel zur Errichtung der Dalldorfer Anstalt in Reinickendorf wurde mit der Errichtung des neuen Arbeitshauses in Berlin-Rummelsburg begonnen. Beide Einrichtungen wurden vom Architekten Hermann Blankenstein (1829-1929) geplant. Diese Entwicklung lässt sich auch als „horizontale Differenzierung“ einordnen. Die Gruppen wurden voneinander getrennt untergebracht, zu einer grundsätzlichen Änderung kam es jedoch nicht. Das in Rummelsburg neu errichtete Arbeitshaus stand für eine spezifische Konstruktion von Ordnung in Preußen: Der Gebäudekomplex ähnelte in baulicher Hinsicht einer Kaserne oder Anstalt. Zugleich sollte das neue Arbeitshaus auch als eine Institution staatlicher bzw. kommunaler Fürsorge aufgewertet werden.

In den sozialreformerischen Diskussionen der demokratischen Weimarer Republik galten Arbeitshäuser als nicht mehr zeitgemäß. Ihre Funktion war umstritten. Manche wollten sie schließen, andere sie zu Ausbildungsbetrieben für Arbeitslose umfunktionieren. In der Fachwelt wurde über den Bewahrungsgedanken diskutiert, bei der es vor allem um die Frage der ›geschlossenen Fürsorge‹ ging. Einerseits sollten Prostitution und Vagabondage entkriminalisiert werden, andererseits sollten diejenigen, die als nicht integrier- oder therapierbar oder als nicht kooperationswillig galten dauerhaft in der Einrichtung „bewahrt“ werden. Rummelsburg wurde nach dem ersten Weltkrieg aber auch zu einem Ort eines wegweisenden Projekts des Reformpädagogen Karl Wilker (1885-1980), der durch die Wandervogel-Jugendbewegung beeinflusst war. Wilker wollte die außerhalb des Arbeitshauses angesiedelte Jugendabteilung von Rummelsburg reformieren. Er führte neue Regeln wie Selbstverwaltung, das Leben in Wohngemeinschaften oder die Abschaffung der Prügelstrafe ein.

## Das Arbeitshaus Rummelsburg in der NS-Zeit



Modell des Arbeitshauses mit den vorgesehenen Umbaumaßnahmen mit  
Versammlungsplatz unter der Hakenkreuzfahne, 1935  
© Landesarchiv Berlin

Die Nationalsozialisten legten die Funktion von Arbeitshäusern nicht nur als eine disziplinatorische, sondern als eine absolut repressive fest, die zu einem späteren Zeitpunkt auch die Vernichtung von arbeitsunfähigen Insassen einschließen sollte.

Der Begriff »Asozial« wurde zu einer Verfolgungskategorie, mit dem nicht nur Randgruppen ausgeschlossen, sondern auch nicht-konforme Verhaltensweisen verfolgt wurden, die gegen die Normen der „Volksgemeinschaft“ verstießen. Nun konnte beispielsweise eine den Behörden gemeldete verwaahlte Wohnung zur Verfolgung als Asozial führen.

In Bezug auf Arbeitshäuser wurden Anfang 1934 die gesetzlichen Bestimmungen, die zu einer Einweisung in Arbeitshäuser führen konnten, grundlegend geändert: Menschen, die zum wiederholten Mal in ein Arbeitshaus überwiesen wurden, konnten dort, so der Historiker Wolfgang Ayaß, „solange es der Zweck erfordert“ festgehalten werden. Das konnte auch lebenslang bedeuten.

### Die städtische Sammelanstalt für »Asoziale«

Im Sommer 1934 wurde das Arbeitshaus dem Berliner Landeswohlfahrts- und Jugendamt als »Städtisches Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Lichtenberg« unterstellt. Im sogenannten »Bewahrungshaus«, der ersten Einrichtung dieser Art in Deutschland, sollten vor allem arbeitsunfähige »Asoziale« in einer Art geschlossenen Fürsorgeanstalt untergebracht werden.

Die nationalsozialistische Berliner Stadtverwaltung verfolgte das Ziel, Rummelsburg zu einer »großen Sammelanstalt für Asoziale und Gefährdete aller Art« zu machen. Sie sollten »aus dem freien Gemeinschaftsleben des Volkes und auch aus den Wohlfahrtseinrichtungen für anständige Volksgenossen herausgenommen und im Arbeits- und Bewahrungshaus einer strengen Sonderbehandlung unter geringstem Kostenaufwand zugeführt werden«. Der Begriff der Sonderbehandlung war hier noch nicht als Tarnbezeichnung für den Mord an Behinderten und Juden gemeint. Das Zitat beschreibt dennoch sehr gut das Selbstverständnis der NS-Politik und die Funktion, die die Nationalsozialisten dem Arbeitshaus Rummelsburg zuwiesen: Soziale Randgruppen sollten grundsätzlich aus der „Volksgemeinschaft“ und jedweder Sozialpolitik ausgeschlossen werden.

### **»Alltag« im Arbeitshaus**

Der »Alltag« im Arbeitshaus Rummelsburg war geprägt von streng geregelten Tagesabläufen. Strikt nach Geschlecht getrennt waren die Menschen in Massenschlafsälen untergebracht. Sie durften bis zu fünfzehn einstündige Besuche ihrer Angehörigen im Jahr empfangen. Der Briefverkehr unterlag der Zensur und war auf eine Korrespondenz pro Woche beschränkt. Darüber hinaus konnte die Direktion eigene Strafen wie Essensentzug bis zu einer Woche und Arrest bis zu vier Wochen verhängen.

Ursprünglich war das Arbeitshaus für eine Aufnahmekapazität von 1.000 Menschen ausgelegt. Während der NS-Zeit stieg die Zahl der Insassen stark an. Während ihre Anzahl noch Anfang der 1930er Jahre bei unter tausend gelegen hatte, waren es 1936 schon über 1.300, Anfang 1938 über 1.500. Ende 1939 befanden sich in Rummelsburg schätzungsweise 2.000 Menschen, bis 1942 ging die Zahl mit knapp über 1.400 wieder zurück auf das Vorkriegsniveau. Der Grund für den Rückgang könnte darin liegen, das arbeitsfähige Asoziale -wie von SS-Führer Heinrich Himmler- gefordert, direkt in die Konzentrationslager überstellt wurden, wo sie für Rüstungszwecke der SS Zwangsarbeit leisten sollten.

Unter städtischer Obhut wurden in Rummelsburg auch Reichsgesetze umgesetzt, wie das 1936 eingeführte "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses". Berliner Sozialeinrichtungen meldeten Insassen zur Zwangssterilisierung. Darunter befanden sich auch Insassen des Arbeitshauses Rummelsburg. Den Angaben der Historikerin Susanne Doetz zufolge waren im September 1936 bereits 165 Männer und Frauen aus dem Arbeitshaus Rummelsburg zwangssterilisiert. Nach Recherchen von Lothar Eberhardt stellte der Direktor des Arbeitshauses in mehr als

210 weiteren Fällen einen Antrag auf Zwangssterilisierung. Die tatsächliche Anzahl der zwangssterilisierten Insassen des Arbeitshauses Rummelsburg ist bisher noch nicht ermittelt worden.

1937 wurden in Rummelsburg Sonderabteilungen für Homosexuelle und »psychisch Abwegige« eingerichtet. Von den inhaftierten Homosexuellen sind bisher dank den Recherchen der Historikerin Carola Gerlach 15 Namen bekannt.

Zum selben Zeitpunkt wurden auch alle elf männlichen und die acht weiblichen jüdischen Insassen, darunter auch Prostituierte aus dem Scheunenviertel, von den Anderen isoliert. Die Jüdinnen und Juden wurden später in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Unklar ist, ob das direkt von Rummelsburg aus geschah.

### **Zwangsarbeit für die Kommune**

Ein zentrales Moment im Alltag nahm die Zwangsarbeit innerhalb, aber auch außerhalb des Arbeitshauses, ein. Die Insassen arbeiteten hauptsächlich für kommunale Zwecke, aber auch für einzelne Privatbetriebe. Ende 1941 arbeiteten etwa 500 von ihnen in 17 Werkstätten innerhalb und etwa 500 »Häuslinge« außerhalb in bis zu 20 sogenannten Stadtkommandos. Auch die als arbeitsunfähig geltenden Insassen des Bewahrungshauses wurden zu einfachen körperlichen Arbeiten wie Sortierarbeiten eingesetzt.

Der größte Nutznießer der Zwangsarbeit aus dem Arbeitshaus war die Stadt Berlin. Die Insassen arbeiteten in den Städtischen Forsten, Gütern und Rieselfeldern, im Bau- und Heizamt, für das Gartenamt auf dem Zentralfriedhof, bei der Straßenreinigung und im städtischen Großkraftwerk Klingenberg. Die Großbäckerei im Arbeitshaus belieferte etwa 31 städtische Einrichtungen wie Krankenhäuser mit Brot. In der ebenfalls im Arbeitshaus befindlichen Großwäscherei wuschen Insassen die Wäsche für 20 städtische Einrichtungen.

Außerdem leisteten Arbeitshaus-Insassen Zwangsarbeit für Privatbetriebe in Lichtenberg: Um 1941 arbeitete ein »Stadtkommando« mit 80 Mann für die Firma Knorr-Bremse, eine weiteres mit 50 Mann für die Firma Gast Signalbau. Ein Arbeitskommando mit etwa 80 Frauen musste für die Kantinen verschiedener Betriebe Kartoffeln schälen.

### **Die Verfolgung von älteren Menschen**

Anhand von Unterlagen des früheren Armenfriedhofs Marzahn, die von Klaus Leutner ausgehoben wurden, können wir zeigen, dass Rummelsburg im weiteren Verlauf mehr und mehr zu einer Art Verwahranstalt insbesondere von Älteren wurde. Zwischen 1933 und 1945 wurden auf dem damaligen städtischen

Armenfriedhof Marzahn mehr als 1.100 Insassen des Arbeitshauses beerdigt, die wahrscheinlich größtenteils in Rummelsburg gestorben waren. Die Mehrzahl war zum Zeitpunkt des Todes über 50 Jahre, mehr als 60 Prozent über 65 Jahre alt. Über die näheren Todesumstände wissen wir nur sehr wenig. Es gibt Hinweise auf altersbedingte Todesursachen wie Schlaganfälle oder Krebs, aber auch auf Lungenentzündung oder Tuberkulose. Todesursachen, die aber auch auf schlechte Unterbringungsbedingungen verweisen könnten.

Gesichert ist, dass die in Rummelsburg untergebrachten Asozialen offenbar nicht mehr als besonders nutzbringend angesehen wurden. Bereits Ende 1941 geriet Rummelsburg ins Visier der Planer der NS-»Euthanasie«-Morde. Der Historiker Götz Aly hatte bereits in den 1980er Jahren auf diese Planungen aufmerksam gemacht.

In einem im Dezember 1941 erstellten Gutachten über die Wirtschaftlichkeit des Arbeitshauses wurde empfohlen, vor allem die zu einfachen Arbeiten eingesetzten arbeitsunfähigen Insassen des Bewahrungshauses zu »verringern«. Eine Mitarbeiterin der Euthanasie-Planer, die zuvor bei den Behindertenmorden in der Heil- und Pflegeanstalt Hadamar eingesetzt worden war, wurde Ende 1941 nach Rummelsburg beordert, um dort Unterlagen vorzubereiten: Die »asozialen Elemente« sollten, so die Mitarbeiterin nach 1945 »ebenfalls zur Vernichtung reif« gemacht werden. Im Januar 1942 führte eine Kommission aus Kriminalbiologen, Medizinern und »Rassehygienikern« eine »Musterbegutachtung« vor Ort in Rummelsburg durch. Grundlage der anschließend im Reichsinnenministerium weitergeführten Begutachtung war ein dreiseitiger »Meldebogen für Gemeinschaftsfremde«, der für alle annähernd 1.500 Insassen des Arbeitshauses Rummelsburg ausgefüllt wurde. Nach Aktenlage entschieden die Gutachter über 499 Frauen und 975 Männer. 314 Menschen, etwa ein Fünftel der im Arbeitshaus Rummelsburg untergebrachten »Asozialen«, wurden einstimmig zur Tötung ausgewählt. Mehr als die Hälfte der Insassen, 765 Menschen, wurden von den an der Entscheidung beteiligten Kommissionsmitgliedern »verschieden beurteilt«. Damit war offenbar zunächst unklar, was mit ihnen weiter passieren sollte. Nur etwa 353 Menschen sollten offenbar von der Tötung ausgenommen werden. Wahrscheinlich wurden die Entscheidungen aber nicht mehr vollstreckt.

## **Das Gefängnis von Ost-Berlin**

Nach der Befreiung 1945 wurde Rummelsburg erneut bis 1951 als Arbeitshaus genutzt. 1953 erfolgte der Umbau zur zentralen Ost-Berliner Haftanstalt, in der auch

Westdeutsche inhaftiert waren, die nach dem Bau der Mauer versucht hatten, Menschen zur Flucht in den Westen zu verhelfen. Und noch in den 1980er Jahren saßen hier Menschen auch wegen „Asozialität“ ein. Die DDR war der einzige deutsche Staat, die den Begriff „Asozial“ Ende der 1960er Jahre in einen Gesetzestext übernahm. Die Häftlinge der DDR-Strafvollzugsanstalt stellten im Auftrag volkseigener Betriebe Exportartikel für den arabischen Raum her und wuschen die Wäsche Ost-Berliner Touristen-Hotels.

## **Randgruppen der Erinnerung**

Seit nun mehr als fünf Jahren erinnern zivilgesellschaftliche Akteure wie der Arbeitskreis „Marginalisierte - Gestern und Heute“ vor Ort in Rummelsburg an die Opfer der Aktion „Arbeitsscheu Reich“. Von Jahr zu Jahr haben sie mit angesehen, wie immer mehr historische Substanz überbaut wurde. Die Stadt Berlin hat Gelände und Gebäude verkauft, es entstand ein attraktives Wohngebiet.

In jüngster Zeit hat es drei erwähnenswerte Projekte zur Erinnerung an die Geschichte des Arbeitshauses Rummelsburg gegeben, auf die ich abschließend kurz eingehen möchte:

Im Rahmen des Berliner Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“ wurden am historischen Ort in Rummelsburg Info-Litfaßsäulen aufgestellt. Sie bieten einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Forschung. Aber leider stehen sie nur noch bis Ende des Jahres. Die Anwohnerinitiative „Wir in Rummelsburg“ erstellt gerade eine Smartphone-App, die als lokaler Multimedia-Guide einen zeitgeschichtlichen Rundgang durch das heutige Wohngebiet, gerade auch für die Zeit nach 1945, ermöglichen soll. Kürzlich eröffnet wurde die neue Dauerausstellung „Alltag Zwangsarbeit 1938-1945“ des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide, in der auch auf die Zwangsarbeit von Asozialen vor Beginn des Krieges eingegangen wird.

Aber reichen diese Bemühungen aus, um an die ganze Geschichte von Rummelsburg zu erinnern?

Am historischen Ort ist nur ein noch nicht umgebautes ehemaliges Verwaltungsgebäude erhalten. Es wird im Augenblick von der Berliner Polizei genutzt, aber demnächst aufgegeben. In einem Innenhof des Gebäudes wurden in der Nacht vom 7./8. Oktober 1989, einem Monat vor dem Fall der Mauer, über hundert Menschen in Polizeigewahrsam festgehalten. Sie hatten in Prenzlauer Berg und Mitte während

der offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung protestiert. Hier in Rummelsburg wurden sie, wie Zeitzeugen-Berichte verdeutlichen, Opfer von entwürdigenden Übergriffen und Misshandlungen.

An diesem verlassenem Ort besteht heute die letzte Chance, um am authentischen Ort über Rummelsburg als einer „totalen Institution“ (Erving Goffman) zu informieren und an die Verfolgung von zu Asozialen erklärten Menschen zu erinnern.

### **Weiterführende Literatur**

- Thomas Irmer, *The detention of social outsiders between social reform and annihilation - The Municipal Workhouse Berlin-Rummelsburg (1877-1945)*. In: *Incarceration and Regime Change. European Prisons in and around the Second World War*, Ralf Futselaar, Helen Grevers & Christian de Vito (eds.), New York/Oxford: Berghan 2013 (Erscheint im Herbst 2013).
- Thomas Irmer, *Vom Ochsenkopf nach Rummelsburg*, In: Anne Allex, Dietrich Kalkan (Hg.): *ausgesteuert - ausgegrenzt ...angeblich asozial*, Neu-Ulm 2009, S. 279-284.
- Thomas Irmer/Kaspar Nürnberg/Barbara Reischl, *Das Städtische Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg – Zur Geschichte eines vergessenen Ortes der Verfolgung von »Asozialen in der NS-Zeit«*. In: *Gedenkstätten-rundbrief* Nr. 144 8/2008, S. 22-31.